Deutscher Bundestag **Drucksache 17/6202**

17. Wahlperiode 15. 06. 2011

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Harald Koch, Petra Pau, Frank Tempel und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/6015 –

Die Bundeswehr und der 70. Jahrestag des Überfalls der faschistischen Wehrmacht auf die Sowjetunion

Vorbemerkung der Fragesteller

Am 22. Juni 2011 jährt sich zum 70. Mal der Überfall des Deutschen Reiches auf die Sowjetunion. Mit dieser Ausweitung des Krieges gingen nicht nur schier unermessliche Kriegsverbrechen einher, es begann auch die systematische Ermordung der jüdischen Bevölkerung innerhalb des deutschen Machtbereichs.

Obwohl die Wehrmacht durch die Befolgung der Angriffsbefehle diese Verbrechen erst ermöglicht, sie in vielen Fällen gar selbst begangen hat, sind immer noch Kasernen der Bundeswehr nach nazitreuen Offizieren der Wehrmacht benannt und es gibt immer noch Kontakte zwischen Bundeswehr und geschichtsrevisionistischen Organisationen.

Die Bundesregierung deutet zwar in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. (Bundestagsdrucksache 17/5877) an, dass sie die Benennung der General-Konrad-Kaserne in Bad Reichenhall nicht mehr für zeitgemäß halte, kann sich aber gleichwohl nicht entschließen, sie schleunigst umzubenennen. General Konrad war für zahlreiche Kriegsverbrechen verantwortlich und hatte 1941 bekräftigt: „Dem Führer und seinem Werk gehört unsere ganze Hingabe“ – so jemand hätte in einer angeblich der Demokratie verpflichteten Armee niemals als Namensgeber einer Kaserne in Frage kommen dürfen. Anders als es die Bundesregierung formuliert – Namensgeber würden „heute in einigen Fällen anders bewertet als zu der Zeit, als eine Kaserne nach dieser Person benannt worden ist“ – war es für Antifaschisten von Anfang an klar, dass Kriegsverbrecher keine Vorbilder sein dürfen. Die Bundeswehr hingegen braucht Jahrzehnte, bis sie sich dieser Einschätzung annähert.

Aus Sicht der Fragesteller wäre der Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion ein guter Anlass, innerhalb der Bundeswehr endlich mit einer Aufarbeitung der eigenen Geschichte zu beginnen und beispielsweise zu thematisieren, wie viele Nazi-Offiziere in der Bundeswehr führende Positionen einnehmen konnten. Auch Konsequenzen in der Traditionspolitik wären geboten, etwa die zügige Umbenennung all jener Kasernen, die nach Offizieren benannt sind, die den faschistischen Angriffskrieg geplant und willig geführt haben.

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums der Verteidigung vom 10. Juni 2011 übermittelt.
Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Die Fragesteller befassen sich in der Vorbemerkung unter anderem mit der Aufarbeitung der Geschichte der Bundeswehr. Die in diesem Zusammenhang vorgenommene Feststellung, dass „der Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion ein guter Anlass (wäre), innerhalb der Bundeswehr endlich mit einer Aufarbeitung der eigenen Geschichte zu beginnen“, wird entschieden zurückgewiesen. Die Forderung enthält subtil die Unterstellung, die Bundeswehr könne in Verbindung gebracht werden mit dem Krieg gegen die Sowjetunion oder trage gar geschichtliche Verantwortung. Der Krieg gegen die UdSSR ist Teil der deutschen Geschichte, aber nicht der Geschichte der Bundeswehr. Die beginnt 1955. Seit 1957 unterhält das Bundesministerium der Verteidigung mit dem Militärgeschichtlichen Forschungsamt eine wissenschaftlich unabhängige Forschungseinrichtung, deren Mitarbeiter die deutsche Militärgeschichte als integralen Bestandteil der allgemeinen Geschichtswissenschaft bearbeiten.

Bereits 1970 wurde dem Militärgeschichtlichen Forschungsamt der Auftrag erteilt, die Entstehungsgeschichte der Bundeswehr zu erforschen. Eine umfassende Darstellung dieser Phase lieferte diese Ressortforschungseinrichtung mit dem vierbändigen Werk „Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik“. Dieses nimmt auch Unterschiede und Kontinuitäten zur Wehrmacht in den Blick und gilt in der Geschichtswissenschaft als Standardwerk zur frühen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Auf zunehmend breiterer Quellenbasis setzt sich das Militärgeschichtliche Forschungsamt bis heute kontrovers und kritisch mit der Geschichte der Bundeswehr auseinander. Speziell den biografischen Zusammenhängen zwischen Wehrmacht und Bundeswehr widmet sich der 2011 veröffentlichte Sammelband „Militärische Aufbaugenerationen der Bundeswehr 1955–1970“.

Im Laufe von mehr als 50 Jahren haben die Veröffentlichungen des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes darüber hinaus maßgeblich zur Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit sowie zur wissenschaftlichen und öffentlichen Auseinandersetzung darüber beigetragen. Das Militärgeschichtliche Forschungsamt hat bahnbrechende Arbeiten zur Rolle der Wehrmacht im Dritten Reich, zum rasseideologischen Vernichtungskrieg im Osten, zur deutschen Besatzungsherrschaft oder zur Wehrmachtjustiz vorgelegt. Die in zahlreichen Fachtagungen präsentierten Forschungsergebnisse des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes sind eine wesentliche Grundlage für die politisch-historische Bildung in der Bundeswehr. Sie werden an den Ausbildungseinrichtungen durch wissenschaftlich qualifizierte Lehrstabsoffiziere und Dozenten vermittelt.

1. Welche Veranstaltungen wird die Bundeswehr in diesem Jahr anlässlich des 70. Jahrestags des Überfalls auf die Sowjetunion intern (für Soldaten, Reservisten) durchführen (bitte sämtlich auflisten mit Kurzangabe des Themas, der Art der Veranstaltung, Ort und Zeitpunkt), und welche Kosten werden hierfür anfallen?

Das Gedenken an den 70. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Auch in der Bundeswehr wird dieser Jahrestag zum Anlass genommen, um die Soldatinnen und Soldaten im Rahmen der politisch-historischen Bildung für dieses Thema zu sensibilisieren und einen Beitrag zur gesamtgesellschaftlichen Gedenkkultur zu leisten. Die entsprechenden Ausbildungsmaßnahmen werden gemäß den geltenden Vorschriften in der Zuständigkeit der verantwortlichen Vorgesetzten durchgeführt. Eine zentrale Übersicht über die explizit für dieses Thema aufgewendeten Haushaltsmittel zur politisch-historischen Bildung wird nicht geführt.

2. Welche Veranstaltungen zu diesem Thema im Inland werden die Bundeswehr bzw. das Bundesministerium der Verteidigung durchführen bzw. unterstützen (bitte sämtlich mit Kurzangabe des Themas, ggf. des Veranstalters, der Art der Veranstaltung, Ort und Zeitpunkt sowie Art der Unterstützung auflisten), und welche Kosten werden hierfür anfallen?

Auf die Antwort zu Frage 1 wird verwiesen. Darüber hinaus beteiligt sich die Bundeswehr an entsprechenden Vorhaben des Deutsch-Russischen Museums in Berlin-Karlshorst. In diesem Rahmen unterstützt die Bundeswehr durch ihre Vertretung im Beirat des Deutsch-Russischen Museums die Neukonzeption der Dauerausstellung des Museums sowie seiner laufenden Sonderausstellung zum 70. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion („Juni 1941 – Der tiefe Schnitt. 24 Biografien aus dem Krieg gegen die Sowjetunion“). Zudem hat ein Vertreter der Bundeswehr am 25. Mai 2011 an einer Podiumsdiskussion „Die Planung des Vernichtungskrieges“ des Deutsch-Russischen Museums anlässlich des 70. Jahrestags des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion teilgenommen.

Für die oben genannten Unterstützungsleistungen fallen Kosten im Rahmen von Dienstgängen und Dienstreisen an.

3. Welche Veranstaltungen im Inland werden andere Ressorts des Bundes durchführen bzw. unterstützen (bitte sämtlich mit Kurzangabe des Themas, ggf. des Veranstalters, der Art der Veranstaltung, Ort und Zeitpunkt sowie Art der Unterstützung auflisten), und welche Kosten werden hierfür anfallen?

Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien stellt dem Deutsch-Russischen Museum Berlin-Karlshorst 1 Mio. Euro zur Verfügung. Daraus sollen eine Veranstaltungsreihe und Projekte, z. B. eine Broschüre „Vergessene Opfer des Vernichtungskrieges“, zur Erinnerung an den Überfall auf die Sowjetunion vor 70 Jahren finanziert werden.

Nach derzeitigem Stand haben stattgefunden oder werden stattfinden:

- 25. Mai 2011: „Die Planung des Vernichtungskrieges“, Kurzvorträge mit Diskussion im Deutsch-Russischen Museum Berlin-Karlshorst;
- 7. Juni 2011: „Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion und Formen der Erinnerung an die Opfer in Deutschland“, Vorträge in der Stiftung Topographie des Terrors in Berlin;
- 16. Juni 2011: „22. Juni 1941 – Der tiefe Schnitt“, Eröffnung der Sonder-/Wanderausstellung in drei Sprachen (Deutsch, Russisch, Englisch) im Deutsch-Russischen Museum Berlin-Karlshorst, weitere Stationen in Petersburg und Moskau;
- 21. Juni 2011: Festakt/Gedenkkonzert für die Opfer des Vernichtungskrieges am Vorabend des Jahrestages des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion in der Berliner Philharmonie (nicht öffentlich);
- 22. Juni 2011: „Der tiefe Schnitt – Die deutsch-russischen Beziehungen und die Erinnerung an den 2. Weltkrieg“, Diskussion in der Landesvertretung Hamburg in Berlin;
- 28. Juni 2011: „Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und der SD im Krieg gegen die Sowjetunion“, Vorträge in der Stiftung Topographie des Terrors in Berlin;

- 22. September 2011: Ausstellungseröffnung „Das jüdische Ghetto in Minsk“, Sonderausstellung aus dem Museum des Großen Vaterländischen Krieges Minsk im Deutsch-Russischen Museum Berlin-Karlshorst;
- 29. September 2011: „Das Schweigen ringsum schreit“ – Der Massenmord von Babi Jar, Veranstaltung im Ort der Information des Denkmals für die ermordeten Juden Europas;
- 17. November 2011: Finissage der Sonderausstellung „Das jüdische Ghetto in Minsk“, Vortrag im Deutsch-Russischen Museum Berlin-Karlshorst;
- 6. Dezember 2011: „Sowjetische Kriegsgefangene – Geschichte und Gedenken“, Diskussion in der Stiftung Topographie des Terrors in Berlin.

4. Welche Veranstaltungen im Ausland wird die Bundeswehr durchführen bzw. unterstützen und an welchen wird sie offiziell vertreten sein (bitte sämtlich mit Kurzangabe des Themas, ggf. des Veranstalters, der Art der Veranstaltung, Ort und Zeitpunkt sowie Art der Unterstützung auflisten), und welche Kosten werden hierfür anfallen?

Auf die Antwort zu Frage 1 wird verwiesen.

5. Welche Veranstaltungen im Ausland werden andere Ressorts des Bundes durchführen bzw. unterstützen (bitte sämtlich mit Kurzangabe des Themas, ggf. des Veranstalters, der Art der Veranstaltung, Ort und Zeitpunkt sowie Art der Unterstützung auflisten), und welche Kosten werden hierfür anfallen?

Das Auswärtige Amt hat zum gegenwärtigen Zeitpunkt Kenntnis von folgenden Veranstaltungen:

- Die Ausstellung „Zwangsarbeit: Die Deutschen, die Zwangsarbeit und der Krieg“ wird voraussichtlich am 22. Juni 2011 in Moskau im Museum des Vaterländischen Krieges eröffnet. Veranstalter ist die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“. Der Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in der Russischen Föderation beabsichtigt, ein Grußwort zu halten.
- In der Ukraine findet vom 20. bis 25. Juni 2011 das Internationale Forum „1941: German War of Extermination in Ukraine and Its Actors“ statt. Veranstalter sind die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“, das Global and European Studies Institute, die Universität Leipzig mit Unterstützung der Nationalen Kiewer Mohyla-Akademie, die Heinrich-Böll-Stiftung sowie die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Kiew. Das Forum wird von der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ finanziert. Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Kiew stellt für die Eröffnungsveranstaltung ihre Räumlichkeiten zur Verfügung.
- In der Ukraine findet von September bis November 2011 die Ausstellung „Holocaust by bullets“ statt. Veranstalter ist die Pinchuk-Stiftung Kiew mit Unterstützung der Botschaft der Vereinigten Staaten von Amerika, der Botschaft des Staates Israel, der Botschaft der Französischen Republik und der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland. Über eine finanzielle Unterstützung durch das Auswärtige Amt wurde noch nicht entschieden.

Darüber hinaus wird die Sonder-/Wanderausstellung „22. Juni 1941 – Der tiefe Schnitt“ des Deutsch-Russischen Museums Berlin-Karlshorst in Petersburg und Moskau gezeigt werden. Zur Finanzierung dieses Vorhabens wird auf die Antwort zu Frage 3 verwiesen.

6. Was wird die Bundeswehr unternehmen, um die personellen, politischen und strukturellen Kontinuitäten zur Wehrmacht insbesondere in ihrer Gründungsphase zu untersuchen?

Auf die Vorbemerkung der Bundesregierung sowie die Antwort der Bundesregierung zu Frage 20 der Kleinen Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundestagsdrucksache 17/4344 wird verwiesen.

7. Wie viele Kasernen und Liegenschaften der Bundeswehr sind derzeit nach Soldaten der Wehrmacht benannt?
   a) Welche dieser Soldaten waren an Planung, Vorbereitung oder Durchführung des Überfalls auf die Sowjetunion beteiligt?
   b) Welche von diesen rechnet die Bundesregierung dem Widerstand gegen die Naziführung zu (Doppelnennungen möglich)?
   c) Welche dieser Kasernen werden voraussichtlich im Rahmen der Strukturreform geschlossen?

Hierzu wird auf die in der Anlage beigefügte Auflistung der Kasernennamen verwiesen. Die Auswirkungen der laufenden Neuausrichtung der Bundeswehr auf die derzeitige Stationierung der Bundeswehr lassen sich noch nicht beziffern.

8. Beabsichtigt die Bundesregierung, anlässlich des 70. Jahrestages des Überfalls auf die Sowjetunion und des Beginns der systematischen Ermordung der jüdischen Bevölkerung, Umbenennungen von Kasernennamen vorzunehmen, und wenn ja, welche und bis wann, und wenn nein, warum nicht?

Nein. Auf die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE., Bundestagsdrucksache 17/5877 (Vorbemerkung der Bundesregierung), wird verwiesen.

9. Welche Mühe wird darauf verwendet, im Rahmen des Unterrichts oder anderweitig den Angehörigen der Bundeswehr das Ausmaß der deutschen Verbrechen und insbesondere des Anteils der Wehrmacht daran zu vermitteln (bitte möglichst detailliert auflisten, Stundenzahlen, Publikationen usw. angeben und ggf. nach Standorten oder Dienstgraden getrennt darstellen)?

Auf die Stellungnahme der Bundesregierung zur Vorbemerkung wird verwiesen. Eine ganzheitliche Auflistung aller Maßnahmen, die in diesem Zusammenhang durchgeführt werden, wird nicht zentral geführt. Für die Durchführung dieser Ausbildungsanteile im Rahmen der lehrgangsgebundenen Ausbildung an den Offizier- und Unteroffizierschulen der Teilstreitkräfte stehen insgesamt folgende Stundenansätze zur Verfügung:

- Heer: 54 Stunden (Offizierlehrgang), 14 Stunden (Feldwebellehrgang);
- Luftwaffe: 36 Stunden (Offizierlehrgang), 5 Stunden (Feldwebellehrgang);
- Marine: 24 Stunden (Offizierlehrgang), 19 Stunden (Bootsmannlehrgang).

Die Ausbildung von Offizieren und Feldwebeln der Streitkräftebasis und des zentralen Sanitätsdienstes erfolgt ebenfalls an diesen Einrichtungen. Für die Unterrichtung im Rahmen der lehrgangsgebundenen Ausbildung steht den Lehrgangsteilnehmern unter anderem ein vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt erarbeitetes Lehrbuch („Grundkurs deutsche Militärgeschichte“, drei Bände plus DVD) zur Verfügung. Darüber hinaus werden diese Inhalte den Soldatinnen und Soldaten im Rahmen der politisch-historischen Bildung in der Bundeswehr vermittelt.

10. Bleibt die Bundesregierung bei ihrer (in der Antwort auf die Kleine Anfrage zu Frage 16 auf Bundestagsdrucksache 16/1282 geäußerten) Ansicht, als „vorbildlich“ Wehrmachtsangehörige zu erachten, die „als Gründerväter der Bundeswehr“ aktiv waren, ohne dies davon abhängig zu machen, dass sie in der Wehrmacht am Widerstand gegen die Naziführung oder als „Retter in Uniform“ wie etwa Feldwebel Anton Schmid, aktiv waren, und wenn ja, worin genau sieht die Bundesregierung eine Vorbildlichkeit von Offizieren, die in keiner Weise Widerstand geleistet, sondern in den Augen der Naziführung „tadellos“ funktioniert haben?

Soldaten mit Wehrmachtsvergangenheit erscheinen dann als Namensgeber geeignet, wenn diese als Gründerväter der Bundeswehr am Aufbau unseres demokratischen Rechtsstaats und der Verankerung der Bundeswehr in der Demokratie aktiv mitgewirkt haben. Ihre Traditionswürdigkeit ergibt sich aus diesen Leistungen.

11. Hält es die Bundesregierung tatsächlich für unangebrachten „moralischen Rigorismus“ (Antwort auf die Kleine Anfrage zu Frage 17 auf Bundestagsdrucksache 16/1282), angesichts der ungeheuren Verbrechen der Wehrmacht zu fordern, Liegenschaften der Bundeswehr nicht nach „führertreuen“ Offizieren zu benennen, und wenn ja, warum, und wenn nein, warum zieht sie dann nicht die Konsequenzen und ersetzt die Namen nichtwiderständischer Wehrmachtsoffiziere?

Auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 12 sowie auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE., Bundestagsdrucksache 17/5877 (Vorbemerkung der Bundesregierung), wird verwiesen.

12. Inwiefern findet in jenen Liegenschaften der Bundeswehr, die nach „führertreuen“ Wehrmachtsoffizieren benannt sind, tatsächlich die nach eigenem Bekunden von der Bundesregierung angestrebte „kritische Auseinandersetzung mit Namensgebern“ statt (Antwort auf die Kleine Anfrage zu Frage 12 auf Bundestagsdrucksache 16/1601) (bitte nach Liegenschaft getrennt darstellen und den Verlauf sowie die wesentlichen Positionen der Auseinandersetzungen und Akteure schildern)?

Die Wehrmacht war als Organisation des Dritten Reiches in ihrer Spitze mit Truppenteilen und Soldaten an Verbrechen des Nationalsozialismus beteiligt. Dennoch erscheint es unangemessen, die Angehörigen der Wehrmacht pauschal zu verurteilen. Die Frage, ob ein Soldat der Wehrmacht pflichtgemäß und guten Glaubens seinen militärischen Dienst geleistet oder aus nationalsozialistischer Überzeugung heraus gehandelt hat, lässt sich in vielen Fällen auch bei eingehender Prüfung nicht leicht beantworten. Ohne eine solche Prüfung in jedem Einzelfall erscheint eine Bewertung der inneren Haltung eines Angehörigen der Wehrmacht zum Nationalsozialismus spekulativ. Die Bundesregierung beteiligt sich nicht an einer solchen Form der Bewertung. Zur Auseinandersetzung innerhalb der Bundeswehr mit Namensgebern von Kasernen wird zudem auf die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE., Bundestagsdrucksache 17/5877 (Vorbemerkung der Bundesregierung), verwiesen.

Anlage

Liegenschaftsbezeichnung	Standort	Benennung/ Genehmigung	Erläuterung (siehe Abkürzungsverzeichnis am Schluss)
Admiral-Armin-Zimmermann-Kaserne	Wilhelmshaven	1983	Admiral Armin Zimmermann (1922–1976); Generalinspekteur Der Bundeswehr (1972–76); WM, BW
Alfred-Delp-Kaserne	Donauwörth	1961	Alfred Delp (1907–1945); Kath. Priester; Widerstand
Ehem. Ohnacker-Kaserne	Gießen	1965	Generalmajor Jakob Ohnacker (1881–1945); WM
Feldwebel-Lilienthal-Kaserne	Delmenhorst	1970	Feldwebel Diedrich Lilienthal (1921–1944); WM, SU
Franz-Josef-Strauß-Kaserne	Altenstadt	1992	Franz Josef Strauß (1915–1988); WM, SU, Verteidigungsminister; Ministerpräsident des Freistaates Bayern
Freiherr-von-Boeselager-Kaserne	Munster	1984	Georg Freiherr von Boeselager (1915–1944); WM, SU, MW
Fritsch-Kaserne	Koblenz	1964	Generaloberst Werner Freiherr von Fritsch (1880–1939); WM
General-Dr.-Speidel-Kaserne	Bruchsal	1997	General Dr. Hans Speidel (1897–1987); WM, SU, BW
General-Fahnert-Kaserne	Karlsruhe	1964	General Friedrich Fahnert (1879–1964); WM, SU
General-Fellgiebel-Kaserne	Poecking	1960	General Erich Fellgiebel (1886–1947); WM, SU, MW
General-Hans-Graf-Sponeck-Kaserne	Germersheim	1966	Generalleutnant Hans Graf von Sponeck (1888–1944); WM, SU, MW
General-Heusinger-Kaserne	Hammelburg	1986	General Adolf Heusinger (1903–1944); WM, SU, BW, Erster Generalinspekteur der Bundeswehr
General-Hüttner-Kaserne	Hof	1985	Generalmajor Hans Hüttner (1885–1956); WM, SU
Generalleutnant-Graf-von-Baudissin-Kaserne	Hamburg	1994	Generalleutnant Wolf Graf von Baudissin (1907–1993); WM, BW
Generaloberst-von-Fritsch-Kaserne	Pfullendorf	1959	Generaloberst Werner Freiherr von Fritsch (1880–1939); WM
Generaloberst-Beck-Kaserne	Sonthofen	1960	Generaloberst Ludwig Beck (1880–1944); WM, MW
General-Olbricht-Kaserne	Leipzig	1992	General Friedrich Olbricht (1880–1944); WM, SU, MW
General-Steinhoff-Kaserne	Berlin	1994	General Johannes Steinhoff (1913–1994); WM, BW, Inspekteur der Luftwaffe
General-von-Seidel-Kaserne	Trier	1965	General Hans-Georg von Seidel (1891–1955); WM, SU
General Konrad/Artillerie-Kaserne	Bad Reichenhall	1966	General Rudolf Konrad (1861–1964); WM, SU
Generalfeldmarschall-Rommel-Kaserne	Augustdorf	1961	Generalfeldmarschall Erwin Rommel (1841–1944); WM, MW (umstritten)

Liegenschaftsbezeichnung	Standort	Benennung/ Genehmigung	Erläuterung (siehe Abkürzungsverzeichnis am Schluss)
Generalmajor-Freiherr-von-Gersdorff-Kaserne	Euskirchen	1981	Generalmajor Rudolf Christoph Freiherr von Gersdorff (1905–1980); WM, SU
Graf-Stauffenberg-Kaserne	Sigmaringen	1961	Oberst Claus Schenk Graf von Stauffenberg (1907–1944); WM, SU, MW
Henning-von-Tresckow-Kaserne	Oldenburg	1961	Generalmajor Henning von Tresckow (1901–1944); WM, SU, MW
Henning-von-Tresckow-Kaserne	Schwielowsee	1992	Generalmajor Henning von Tresckow (1901–1944); WM, SU, MW
Lent-Kaserne	Rotenburg an der Wümme	1964	Oberst Helmut Lent (1918–1944); WM
Major-Karl-Plagge-Kaserne	Pfungstadt	2006	Major Karl Plagge (1897–1957), WM, MW
Marseille-Kaserne	Appen	1975	Hauptmann Hans-Joachim Marseille (1919–1943); WM
Medem-Kaserne	Holzminden	1964	Generalleutnant Freiherr von Medem (1893–1953); WM, SU
Oberfeldwebel-Schreiber-Kaserne	Immendingen	1967	Oberfeldwebel Josef Schreiber (1919–1945); WM, SU
Peter-Bamm-Kaserne	Munster	1986	Peter Bamm (Dr. med. Curt Emmrich, 1879–1975), Arzt, WM, SU
Philipp-Freiherr-von-Boeselager-Kaserne	Gelsdorf	2009	Major Philipp Freiherr von Boeselager (1917–2008); WM, SU, MW
Rommel-Kaserne	Dornstadt	1965	Generalfeldmarschall Erwin Rommel (1891–1944); WM, MW (umstritten)
Schulz-Lutz-Kaserne	Munster	1977	General der Panzertruppe Oswald Lutz (1876–1944); WM Generalmajor Adelbert Schulz (1903–1944); WM, SU

Abkürzungen:

WM: Namensgeber war Angehöriger der Wehrmacht.
MW: Namensgeber war nach derzeitigem Kenntnisstand am militärischen Widerstand gegen das NS-Regime oder anderen Formen des Widerstands beteiligt.
SU: Namensgeber war nach derzeitigem Kenntnisstand an der Planung, Vorbereitung und Durchführung des Unternehmens Barbarossa (Überfall auf die Sowjetunion) beteiligt.
BW: Namensgeber war Angehöriger der Bundeswehr.

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333